

**Liebe Leserin, lieber Leser!**

Die SPD Steglitz-Zehlendorf hat Carolina Böhm zur Kandidatin für das Amt der Bürgermeisterin für unseren Bezirk nominiert. Sie ist bereits bekannt als langjährige und erfolgreiche Stadträtin für Jugend und Gesundheit in Steglitz-Zehlendorf. Einen Beitrag von ihr zum Thema „Angebote für Familien im Bezirk“ finden Sie auf dieser Seite.

Die Berliner SPD hat auf ihrem Parteitag am 15. November Steffen Krach zu ihrem Spitzenkandidaten für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus und damit für die Wahl zum künftigen Regierenden Bürgermeister im Roten Rathaus nominiert. Auch das ist eine gute Wahl! Sie kennen ihn noch nicht? Steffen Krach ist ein Kandidat, der die Stadt von innen und außen kennt, der weiß, wovon er spricht. Er wird Politik für alle Menschen in Berlin machen, selbstbewusst und selbstkritisch. Ihm geht es um mehr als die Wahl, ihm geht um die Demokratie. Seine politische Heimat ist Steglitz-Zehlendorf, Sie werden ihn hier also nicht nur auf Bildern sehen, sondern auch persönlich treffen können.

Wir, die SPD Lichterfelde West freuen uns darauf, mit den beiden in den Wahlkampf zu ziehen!

In den regelmäßigen Ausgaben unseres „Wir in Lichterfelde“, informieren wir Sie über das, was in Lichterfelde geschieht. Und wir freuen uns über das fortwährende Interesse unserer Leserinnen und Leser. Vielleicht sagen Sie uns auch einmal, was Sie von unseren Beiträgen halten? Auch über Ihre Vorschläge, was Sie hier gerne einmal lesen würden, würden wir uns freuen.

Wir wünschen Ihnen ein geruhssames Weihnachtsfest und einen fröhlichen Jahreswechsel.

**Petra Hauschulz**  
Co-Vorsitzende  
der SPD-Lichterfelde West

**Lichterfelde West – angenehmer Wohnort für alle Generationen****Carolina Böhm**

Eine gute Kommunalpolitik ist Voraussetzung dafür, dass ein Viertel, wie Lichterfelde West, Lebensqualität besitzt und beibehält. Für Familien, oder solche die es werden wollen, stellen sich schnell wichtige Fragen: Kann ich von einem guten Betreuungsangebot ausgehen, um meine Berufstätigkeit in Ruhe fortsetzen zu können?

Zu dieser Frage gibt es von mir als Jugendstadträtin gute Nachrichten: Die Versorgungssituation mit Kita-Plätzen ist derzeit so gut wie nie. Eltern haben inzwischen Wahlmöglichkeiten bei Kita-Plätzen. Neben der wichtigen Frage der Betreuungsmöglichkeiten haben Familien berechnete Ansprüche an das häusliche Umfeld: Wo kann ich mit meinen Kindern Freizeit verbringen, wo andere Eltern treffen und Freundschaften pflegen?

Wichtige Treffpunkte sind hierfür die Spielplätze, als unkomplizierte wohnortnahe Adresse. Die Pflege der Spielplätze ist Aufgabe des Bezirks und ich freue mich, dass es uns gelungen ist, im letzten Sommer den Spielplatz auf dem Augustaplatz schön zu sanieren. Auch der Spielplatz auf dem Karlplatz ist erneuert.

In Lichterfelde West und Umgebung gab es lange Zeit ein zu geringes Angebot für ältere Kinder in Form von Jugendfreizeitangeboten. Hier hat uns die Kitasituation geholfen.

Wir konnten am Tietzenweg eine große Kita umwidmen. Zukünftig wird es dort Angebote für ältere Kinder im Nachmittagsbereich, Ferienprogramme und aufsuchende Jugendarbeit geben. Wir freuen uns über diese Bereicherung!

Für alle Generationen gilt, wir möchten uns gut und sicher bewegen, egal mit welchem Verkehrsmittel oder zu Fuß durch die Nachbarschaft. Deswegen begrüße ich als Stadträtin sehr, dass die Hinweise der Anwohnenden zur Verkehrsberuhigung ernst genommen werden.

Der Umbau des Vorplatzes am S-Bahnhof Lichterfelde West ist fest geplant, um dort den Verkehr für alle überschaubarer zu gestalten.

Auf der Drakestraße wurden Poller und Fahrradbügel installiert, um das „wilde“ Parken auf den Gehwegen einzuschränken. Auf der Finkensteinallee wird es zukünftig in der Höhe Baselerstrasse einen neuen Zebrastreifen geben, um die Straße sicher zu überqueren.



Es wird viel getan, um die Lebensqualität von Lichterfelde West und darüber hinaus nicht nur zu erhalten, sondern Schritt für Schritt zukunftsfähig zu gestalten.

Ich werde weiterhin alles dafür tun.

**Impressum / Kontakt****Herausgeberin:**

Abteilung Lichterfelde West der SPD  
[www.spd-lichterfelde-west.de](http://www.spd-lichterfelde-west.de)  
ViSdP: Alexander Niessen,  
SPD-Kreisbüro  
Thaliaweg 15, 12249 Berlin

Telefon: 76 67 985 4 (Kreisbüro)  
E-Mail: [info@spd-lichterfelde.de](mailto:info@spd-lichterfelde.de)

Fotos: S. 1, 4 Redaktion: S. 3: Landesdenkmalamt Berlin, Wolfgang Bittner

## Die „*Rheinische Müssik*“ und ihre Grenzen

Klaus  
Brückner

Die Welt ist voller Probleme! Nicht nur in Berlin, aber – so scheint es – besonders hier bei uns in der Hauptstadt. Es wird immer schwieriger, Verantwortliche zu finden, die sich um Lösungen kümmern.

Die Folge: Frust und Resignation allerorten. Wie gehen Berliner damit um? Sie meckern!

Rheinländer tun sich da leichter. Ihnen hilft die „*Rheinische Müssik*“ - in nahezu jeder Lebenslage. Ein spontanes, mit fester Stimme vorgetragenes: „Man müsste mal“ vermittelt vier Botschaften gleichzeitig: 1. Ich sehe ein Problem! 2. Es muss gehandelt werden! 3. Jemand muss handeln – aber nicht ich! Und 4. Es reicht, wenn irgendwann gehandelt wird.

Der Rheinländer erkennt, dass etwas getan werden muss, er will sich aber nicht als Akteur aufdrängen. So lenkt er die Aufmerksamkeit auf das Problem und die Verantwortung auf andere. Damit ist die Sache für ihn erledigt.

Und der Berliner? Er meckert und geht weiter – gemeinsam tun sie ----- nichts!

Allerdings müssen wir uns alle fragen, ob bloßes Meckern oder eine mutige Feststellung, dass man ja was tun müsste, wirklich reichen, sich den aktuellen Herausforderungen in unserer Gesellschaft zu stellen. Herausforderungen, die jede und jeden von uns betreffen, die eigenes Handeln fordern und bei denen die Verantwortung nicht an „irgendjemanden“ abgegeben werden kann.

Wenn Vereinfacher und Populisten unsere Gesellschaft zu spalten und unsere Demokratie zu zerstören versuchen, dann gilt es, sie zu entlarven und ihnen klar entgegenzutreten - ihnen klar zu widersprechen und ihre falschen Behauptungen mit Fakten und Argumenten zu entlarven - ob auf der Straße, beim Bäcker, in Bus und Bahn. Die taktischen Überlegungen zum Sinn einer „Brandmauer“ verkennt, dass es bei einer unmissverständlichen Abgrenzung um die selbstbewusste Verteidigung unserer Demokratie geht, um die Abwehr von Angriffen auf die Menschenwürde und den Rechtsstaat.



Aber klar ist: Die „*Rheinische Müssik*“ findet ebenso wie das Meckern der Berliner dort Grenzen, wo unsere Gesellschaft, wo wir alle gefährdet sind. Demokratie und Vielfalt in einer Gesellschaft sind nicht selbstverständlich.

Sie müssen verteidigt werden – von uns allen und jederzeit, auch wenn's anstrengend ist!

## Geschichte wiederholt sich? Jörg Aus der Geschichte lernen? Hennerkes

**„Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufbringen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen.“**

(Carlo Schmid, zitiert nach: Alfons Pieper, Der Blog der Republik, 27. Oktober 2023)

Nein, Geschichte wiederholt sich nicht, denn historische Ereignisse sind einmalig. Aber ja, man kann aus der Geschichte lernen, denn bestimmte Konstellationen können wieder oder so ähnlich auftreten.

Eine Zusammenarbeit mit den Rechtsradikalen hat damals in die Nazi-Diktatur geführt. Das kann sich wiederholen. So dürfen zum Beispiel gemeinsame Abstimmungen mit den Rechten, wie sie die Union im Bundestag praktiziert hatte, nicht wieder stattfinden. Hier ist eine Option getestet worden, die in ein gefährliches Fahrwasser führt. Auch die Ablehnung, die öffentliche Demütigung von ehrbaren und demokratischen Personen, wie sie zum Beispiel bei der Kandidatin für das Verfassungsgericht stattgefunden haben, dürfen sich nicht wiederholen. Die Vergangenheit hat das schon einmal gezeigt. Im Dezember 1929 drohte wie heute eine Wirtschafts- und Finanzkrise, in der sich auch ein Sozialabbau abzeichnete. Sozialdemokraten dürfen dem Sozialabbau nicht die Tür öffnen. Auch heute gilt: Unzufriedenheit mit den Regierenden insgesamt war und ist Wasser auf die Mühlen der Gegner der Demokratie. Das haben schon damals die rechten Parteien für sich genutzt.

Daraus folgt: Wir müssen uns für den Schutz und die Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie einsetzen. Auch damals ging es wie heute um die Verantwortung, die Demokratie zu retten.

Die SPD steht zu ihrer demokratischen Verantwortung. Wir fordern alle Demokraten auf, die Gefahren zu erkennen und uns gemeinsam für die Demokratie einzusetzen. Denn sie ist diejenige Regierungsform, die uns nach dem Krieg zu Wohlstand und zu einem gesicherten Leben geführt hat. Zur Demokratie gibt es keine unterstützenswerten Alternative!

Wir müssen aus der Geschichte lernen!

Kennen Sie die Lichterfelder „Hauptkadettenanstalt“? Vermutlich. Heute hat in den Backsteinbauten in der Finckensteinallee das Bundesarchiv seinen Sitz. Bis zum Abzug der US Army 1994 aus den „Andrews Barracks“ diente das Gelände verschiedenen, teils grausigen militärischen Zwecken (1933-1945 Sitz der SS Leibstandarte Adolf Hitler, 17 Erschießungen im Zuge des „Röhm Putsches“).



Nur eine relativ kurze Zeit von 1878 bis 1920 erfüllte die Kadettenanstalt ihre ursprüngliche Aufgabe als Oberschule und Gymnasium zur militärischen Ausbildung. Wer hier im Alter von 14 Jahren Aufnahme fand, war von der meist dem preußischen Adel zugehörigen Familie für die Offizierslaufbahn im Heer oder in der kaiserlichen Marine vorgesehen. Der Begriff des „Lichterfelders“ wurde schnell zum bekannten Synonym für die Absolventen einer militärischen Eliteausbildung.

Das Lichterfelder Bürgertum lebte gern im militärischen Umfeld und war stolz auf „seine“ Kadetten. Paraden, Konzerte und Bälle mit den „Officers“ gehörten zum gesellschaftlichen Leben. Die jungen Männer erlernten das Kriegshandwerk mit dem erklärten

Ziel, diese Kenntnisse in einem Krieg einzusetzen und in dem Wissen, dabei auch das Leben verlieren zu können. Das Risiko war hoch: Sehr viele Absolventen der Kadettenanstalt kamen in den beiden Weltkriegen ums Leben. Der „Kadettenstein“ am Paulinenplatz erinnert

uns heute an diese jungen Menschen, für die in ihrer Zeit eine andere Entscheidung kaum möglich war.

Und heute? Stellen wir uns für einen Moment vor: Um ihren Bedarf an Führungspersonal zu decken, gründet die Bundeswehr eigene Oberschulen, in denen junge Menschen zum Abitur geführt, aber auch gezielt für das Militär ausgebildet werden.

Verstörender Gedanke? Natürlich! Unser Umgang mit dem Thema „Krieg“ hat sich nach desaströsen Erfahrungen komplett gewandelt und eine militärische Ausbildung in diesem Alter ist aus gutem Grund heute undenkbar. Über 50 Jahre ohne unmittelbare Bedrohung und in der „Obhut“ der Schutzmächte haben uns zudem dem Militärischen und Militaristischen entfremdet.

Das ist keine Schwäche, sondern ein großes Glück! Nun aber gibt die Machtverteilung in Europa und der Welt Anlass zur Sorge: Die Konzentration riesiger Ressourcen in den Händen weniger Personen, selbst die Belastbarkeit bewährter militärischer und politischer Bündnisse steht infrage. Und damit auch die Zukunft unseres Landes. Der Zustand der Bundeswehr und die Verteidigungsbereitschaft des Landes sind plötzlich wieder Thema.

Die Wiederaufnahme der Wehrpflicht wird hart diskutiert, das ist auch gut so. Vor allem die junge Generation darf hier nicht außen vor bleiben.

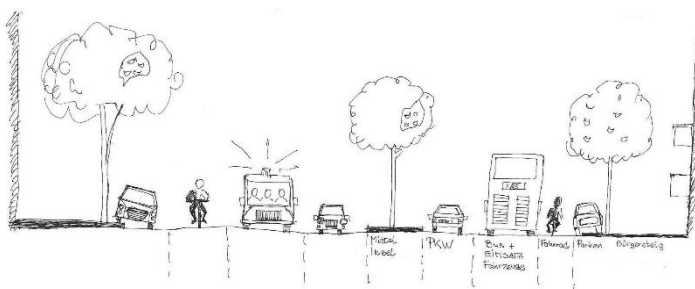
Denn die Entscheidung (die die jungen Kadetten nicht hatten) ist schwer: Bin ich bereit, Lebenszeit einzusetzen, wenn es dem Schutz unserer Werte, unseres Gemeinwesens, unserer inneren Sicherheit dient? Bin ich bereit, sogar mein Leben zu riskieren, falls der „Bündnisfall“ eintritt? Und hat der Staat das Recht, diesen Einsatz von jedem jungen Menschen zu fordern? Und bevor jetzt markige Sätze zur „heutigen Jugend“ fallen: Einen Gedanken kann jede und jeder, egal welchen Alters, beim nächsten Spaziergang entlang der schönen Lichterfelder Villen als Erstes für sich klären: Zu welchem Einsatz bin ich selbst bereit.

## Die Zukunft des Hindenburgdamms

Jörg Hennerkes

Wer heute den Hindenburgdamm entlang läuft, entlangfährt, befindet sich in einer scheinbar ewigen Baustelle. Verkehrs- und Baulärm sind schwer erträglich. Viele Läden kann man nur schwer erreichen, andere sind seit Langem geschlossen, die Schaufenster sind leer. Wie sieht die Zukunft dieser Straße aus? Die für die Beantwortung dieser Frage gegründete Anwohnerinitiative „Anwohnerschutz Verkehrslärm Hindenburgdamm“ (AVH) setzt sich für eine lebenswerte, gesündere Nachbarschaft am Hindenburgdamm ein (s. Skizze der AVH). Ziele sind eine höhere Aufenthaltsqualität durch breitere Bürgersteige und eine gerechtere Aufteilung des

Straßenraumes für alle Verkehrsteilnehmer - Fußgänger, Radfahrer, Nutzer des ÖPNV und Autofahrer.



Dabei sollen für die besonders Schutzwürdigen, die Kinder, die Älteren, die Beeinträchtigten, besondere Maßnahmen ergriffen werden. Für den Autoverkehr soll Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit gelten, um die Sicherheit und den Lärm- und Immissionsschutz zu ermöglichen.

Viel mehr Bäume sollen eine Anpassung an den Klimawandel und eine optische Einengung des Straßenraumes ermöglichen.

Alle Beteiligten wissen, dass noch einige Jahre vergehen werden, bis solche Ideen für den Hindenburgdamm realisiert werden können.

Nur sollten in naher Zukunft keine Maßnahmen ergriffen werden, die diese verunmöglichen. Gemeinsam mit den Anwohnern, Planern, Politik und Verwaltung sollte dieser Weg für die Zukunft des Hindenburgdamms begangen werden.

### Hitze fest dank Baumgesetz

Dank des neuen Baumgesetzes der Koalitionsfraktionen haben wir endlich die Möglichkeit, Berlin bis 2040 nachhaltig hitze fest zu machen. Bis dahin sollen 300.000 neue Bäume gepflanzt werden.

So soll das Berliner Baumaufkommen von derzeit 430.000 innerhalb von 15 Jahren auf 720.000 erhöht werden. Insbesondere sogenannte Hitzeviertel, in denen die Hitzebelastung im Sommer am stärksten ist, profitieren von diesem Gesetz.

Vor allem Regenwasser soll durch eine kluge Stadtplanung effizient aufgefangen und direkt vor Ort versickern können, damit es nicht ungenutzt in der Kanalisation verschwindet. So kann es gezielt zur Bewässerung und Kühlung der Stadtbäume genutzt werden.

Damit ist Berlin das erste Bundesland, das in dieser Form ein Baumgesetz erlässt. Bei der Hitze bekämpfung nimmt Berlin damit eine Vorreiterrolle ein.

### Sicheres Radfahren

Wer oft mit dem Rad durch Lichterfelde West fährt, kennt die Herausforderungen des täglichen Stadtverkehrs nur zu gut: Kopfsteinpflaster, fehlende Radwege und schlechte Sichtverhältnisse.

Umso erfreulicher ist es, dass im Tietzenweg auf einem 350m langen Abschnitt zwischen Unter den Eichen und Gardeschützenweg eine Fahrradstraße entsteht, auf der künftig Radler Vorfahrt haben.

Die Bauarbeiten dazu sind schon im Gange und könnten bei geeigneter Witterung bereits bis Ende dieses Jahres abgeschlossen sein.

Mit der Umwandlung zur Fahrradstraße wird der Verkehr reduziert und die Sicherheit für Radfahrende deutlich erhöht.

Das ist ein guter erster Schritt für eine bessere Radinfrastruktur in Lichterfelde West. Doch es braucht hier noch weitere Verbesserungen.



Auf der Drakestraße ist ein Fahrradstreifen oder separater Fahrradweg nur schwer umzusetzen und auf den Parallelstraßen erschwert das Kopfsteinpflaster das Vorankommen.

Haben Sie Ideen und Vorschläge zur Verbesserung des Radverkehrs in Lichterfelde West?

Schicken Sie ihre Anregungen gern an mich als Ihren SPD-Wahlkreisabgeordneten per Mail ([wahlkreis@martinmatz.de](mailto:wahlkreis@martinmatz.de)) oder kommen Sie einfach in den regulären Sprechzeiten in mein **Wahlkreisbüro im Gardeschützenweg 96, 12203 Berlin**.

## Neues aus der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf

Alexander Niessen



### Investor\*innen bremsen Wohnungsbau aus, landeseigene Gesellschaften gehen voran

Sei es der unsägliche Steglitzer Kreisel oder auch die avisierten Reihenhäuser auf dem ehemaligen Coca-Cola-Gelände in Lichterfelde-Ost: Investor\*innen blockieren die Schaffung von neuem Wohnraum in unserem Bezirk.

Der Stadtrat für Stadtentwicklung, Patrick Steinhoff (CDU), tut viel zu wenig, um innerhalb der rechtlichen Möglichkeiten gegen diesen Missstand anzugehen. Unsere landeseigenen Berliner Wohnungsbauunternehmen gehen mit

gutem Beispiel voran, sei es bei den Aufstockungsprojekten in Düppel-Süd oder auch beim Neubauvorhaben in Lichterfelde-Süd. Sie zeigen Initiative und sorgen dafür, dass bezahlbarer Wohnraum für alle in Steglitz-Zehlendorf entstehen kann.

### Schulstationen und Straßensozialarbeit gerettet

Auf Initiative der Jugend- und Gesundheitsstadträtin Carolina Böhm (SPD) und der SPD-Fraktion in der BVV konnten zwei zentrale Projekte in den vergangenen Haushaltsverhandlungen gerettet werden: Die Schulsozialarbeit im Bezirk kann weiterhin in nahezu voller Stärke ihre wichtige Arbeit weitermachen.

Gleichzeitig bekommt der Träger Gangway e.V. eine Übergangsfinanzierung, um die erfolgreiche aufsuchende Sozialarbeit rund um die Schloßstraße, mit der wohnungslose und suchtkranke Menschen Zugang Hilfsangeboten bekommen, weiter anbieten zu können.

### Endlich....

wurde in Steglitz aus der Treitschkestraße Betty-Katz-Straße!

Damit wurde der Wegbereiter des Antisemitismus aus dem Straßenbild getilgt. Betty Katz, die von 1926 bis zu ihrer Deportation nach Theresienstadt im September 1942 das Jüdische Blindenheim in der Steglitzer Wrangelstraße geleitet hat, wurde ins öffentliche Bewusstsein gehoben.

